Morgen-Ausgabe

Einzelpreis 10 Pfennig

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Prov. Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In ganz Halle die einzige 2 mal täglich erscheinende Zeitung

Jahrgang 224 — Nr. 35 a

Bezugspreis: monatlich 2 M. frei, bei 2maliger Zustellung 2,60 G.-M. aus Wunsch zur Pflichtgebühr Postbezug eigenen amtlichen Postanstalten Briefträgern und allen Zeitungsträgern entgegen. Höhere Gewalt befindet der Verlag [illegible] Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene 34 mm breite Mm.-Zeile 15 Pfennig, kleine Anzeigen 8 Pfennig, Familien-Anzeigen 6 Pfennig, Stellengesuche 6 Pfennig. Die 3gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale. Für Platzvorschriften u. Aufgabetag übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 7 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25610 — Postscheckkonto Leipzig 20 512

Freitag, 11. Februar 1927

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Hergt gegen eine regelmäßige Amnestie

Deutscher Reichstag

Berlin, 10. Februar. Am Regierungstisch: Reichsjustizminister Hergt. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht ein von den Kommunisten eingebrachter Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheiten. Danach soll allen wegen politischer Verbrechen verurteilten Personen Straffreiheit gewährt werden. Ausgeschlossen von dieser Amnestie sollen nur Personen sein, die sich an Mordtaten oder Mordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisation „Consul" oder der Bayerischen Einwohnerwehr als Täter, Anstifter, Gehilfen oder Gehilfen beteiligt haben.

Abg. Dr. **Rosenberg** (Komm.) begründet die kommunistischen Forderungen. Trotz der Amnestie vom letzten Sommer gebe es in Deutschland immer noch mehr als tausend politische Gefangene. Darunter befinden sich 267, die 1836 Jahre Zuchthaus erhalten haben. Angehörige der rechtsradikalen Parteien würden begnadigt, während eine scharfe Klassenjustiz sich gegen die Arbeiter richte. Gegen die Arbeiter gehe man mit schweren Zuchthausurteilen vor, während Männer wie Lüttwitz und Ehrhardt mit hohen Pensionen ausgezeichnet würden. Den Arbeitern würden ihre Versorgungsansprüche in Höhe von 30 oder 40 M. genommen, während die rechtsradikalen Generale Pensionen von jährlich 16 000 M. einstecken. Der Reichstag müsse endlich den politischen Gefangenen die Tore der Gefängnisse und Zuchthäuser öffnen. Max Hölz müsse endlich aus dem Zuchthause befreit werden. Als der Redner dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts „freche Rechtsbeugung" vorwirft, wird er zur Ordnung gerufen.

Reichsjustizminister Hergt

erklärt, das Reichsjustizministerium habe gegen die vier bisher erlassenen Amnestien Bedenken gehabt, weil **jede Amnestie einen Eingriff in die Rechtspflege** bedeute. Man habe sich aber mit den Beschlüssen des Reichstags abgefunden, weil man sich gesagt habe, daß nach den unruhigen Zeiten nun eine gewisse Beruhigung eingetreten sei. Seit der letzten Amnestie sei aber keinerlei Ereignis eingetreten, das eine neue Amnestie als berechtigt erscheinen ließe. Wie Händen jetzt in den Zeiten zunehmender Beruhigung. (Gelächter links.) Es wäre für die Rechtspflege

untragbar, wenn mit einer gewissen Regelmäßigkeit Amnestien sich wiederholen.

Man käme dann ins Uferlose. Der Minister weist den Vorwurf der Klassenjustiz zurück. Es werde nicht mit zweierlei Maß gemessen. Wohl tun das die Kommunisten, denn sie schließen in ihrem Antrag von den Vohltaten, die sie ihren Leuten verschaffen wollen, andere aus. An eine Amnestie, die Urteile aufheben könne, sei nicht zu denken, das wäre eine

politische Instanz, die über die Rechtspflege gesetzt

werde. Dagegen müsse sich das Justizministerium mit aller Entschiedenheit wehren. Der Minister stellt dann fest, daß sich heute noch in Strafhaft wegen politischer Vergehen 20 Personen befinden, die von den außerordentlichen Gerichten abgeurteilt sind, und 179, die vor dem Reichsgericht und dem Staatsgerichtshof standen.

Es handelt sich also um ganze 199 Fälle,

und da sprechen die Kommunisten von tausend Fällen. (Lebhaftes Hört, Hört!) In Untersuchungshaft befinden sich 44 Fälle. (Hört, Hört!) Wenn demgegenüber die Kommunisten von ganz anderen Zahlen sprechen, so sei das eben eine Unwahrheit. Es sei ein ungeheuerlicher Vorwurf, dem höchsten deutschen Gericht Rechtsbeugung vorzuwerfen. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Es sei unrichtig, daß sich das Reichsgericht gegen die kommunistische Partei als solche stelle. Gewiß, die Betätigung der Kommunistischen Partei als solche sei frei, aber nur frei, soweit sie sich von Strafbarkeit freihält. (Zustimmung.) Wenn sie sich strafbar macht, dann muß auf Grund des Legalitätsprinzips eingeschritten werden. (Große Erregung bei den Kommunisten. Rufe der Kommunisten: „Das ist unerhört!) Was ist unerhört? (Erneuter großer Lärm der Kommunisten, Rufe der Kommunisten: „Ihr Geschwätz!" Empörte Ausrechts. Zwischen Kommunisten und Abgeordneten der Regierungsparteien werden heftige Rufe gewechselt. Man hört die Rufe „Unverschämter Bursche, Lausejunge". Der Präsident erteilt mehreren Kommunisten und dem Abgeordneten Riesberg (Dntl.) Ordnungsrufe.) Der Minister schließt mit dem Hinweis, daß **Mitleidsfragen und das Einzelwohl zurücktreten müssen** gegenüber der Frage des Gesamtwohls.

Recht müsse Recht bleiben,

denn Gerechtigkeit sei immer noch die Grundlage jedes Staatswesens, auch des unserigen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Rosenfeld** (Soz.) erklärt, seine Fraktion sei empört über die Ausführungen des Ministers. Seine Worte über die angeblich geringe Zahl der Verhafteten hätten wie eine Verhöhnung gewirkt. Der Redner erklärt, seine Partei sei für die Amnestie. Man müsse leider in Deutschland von einer Klassenjustiz sprechen. (Unruhe rechts.) Die Rechte habe früher in der Rechtspflege Parteipolitik vertreten. Der Minister habe wie ein Parteimann gesprochen. (Widerspruch rechts.) Thüringen habe die Außenamnestien noch nicht durchgeführt.

Abg. **Wegmann** (Zentr.) hält es für falsch, daß die Parteien, die zum Staate stehen, die ihn schützen wollen, sich immer wieder damit einverstanden erklären, daß die politischen Verbrecher, die den Staat bedrohen, amnestiert werden. Das Zentrum lehne das grundsätzlich ab. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nach beiden Seiten?) Selbstverständlich nach beiden Seiten! (Zuruf der Sozialdemokraten: Auch gegen Lüttwitz und Ehrhardt?) Die Sozialdemokraten haben für die Amnestie für Lüttwitz und Ehrhard gestimmt. Wenn es nach dem Zentrum gegangen wäre, dann wären diese Hochverräter nicht amnestiert worden. Eine Amnestie gebe einen Anreiz für alle diejenigen, die den Staat bekämpfen und seinen Bestand bedrohen. Der Redner erklärt sich

grundsätzlich gegen jede Amnestie;

denn bei einer allgemeinen Amnestie würden stets Würdige und Unwürdige betroffen. Der Redner tritt für Milderungen ein.

Abg. Dr. **Kahl** (D. V. P.) erklärt, die Kommunisten wollten eine Amnestie zur Korrektur der Rechtspflege. Darauf falle er mit seinen Freunden nicht herein.

Der Gesetzentwurf wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Das Haus vertagt sich auf Freitag 1½ Uhr: Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen Minister von Keudell in Verbindung mit der kommunistischen Interpellation über die Beherberbung der „Olympia" auf dem Gute von Keudells, ferner Erklärung des Reichskanzlers.

Die Dispositionen für die Reichstagssitzung

Besprechungen der Fraktionen.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Februar. Heute nachmittag haben im Reichstag fast alle Fraktionen Sitzungen abgehalten, am Spätnachmittag treten die Regierungsparteien zu einer interfraktionellen Besprechung zusammen, an der auch der Reichskanzler teilnahm. Auf der Tagesordnung dieser vertraulich behandelten Besprechung standen eine ganze Reihe der schwebenden politischen Fragen, insbesondere auch solche außenpolitischer Natur in bezug auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen und Frankreich. Der Reichskanzler dürfte in dieser Sitzung den Wortlaut seiner Erklärung bekanntgegeben haben, die er i.. der Freitagsitzung des Reichstages vor Beginn der Tagesordnung abzugeben gedenkt. In dieser Erklärung wird auf das bekannte Material gegen den Innenminister Keudell verwiesen, das von der Reichskanzlei eingehend durchgeprüft worden ist mit dem Ergebnis daß

für das Kabinett keinerlei Veranlassung

vorliegt, irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Möglicherweise nimmt Innenminister von Keudell nach der Erklärung des Reichskanzlers noch zu einer persönlichen Bemerkung das Wort. Eine Besprechung dieser Kanzlererklärung ist nicht vorgesehen. Auf Seiten der Oppositionsparteien ist scharfer Einspruch dagegen erfolgt, daß die

Erklärung vor Beginn der Tagesordnung

erfolgt, da auf diese Weise eine sofortige Besprechung geschäftsordnungsgemäß ausgeschaltet ist. Man wird bei den Oppositionsparteien zwar den Versuch machen, eine solche Besprechung durch einen Hesperd ren Antrag, der von 30 Mitgliedern des Reichstages gezeichnet werden muß, durchzusetzen, aber die Regierungsparteien werden sich geschlossen gegen eine solche Erpressung zur Wehr stellen.

Der Reichskanzler, der im Verlauf des Abends auch Gelegenheit nahm, mit den Führern der Demokratischen Partei sowie mit dem Abgeordneten Landsberg Rücksprache zu nehmen, dürfte auch den Oppositionsparteien seine Stellungnahme zu dem sogenannten Fall Keudell bereits präzisiert haben. Die Demokratische Partei will sich erst in einer für morgen früh angesetzten Sitzung darüber entscheiden, ob ihr die Erklärungen des Reichskanzlers genügen, um von einer Interpellation abzusehen. Es wird trotzdem am Freitag im Reichstag zu einer

ziemlich heftigen Aussprache um die Person des Innenministers

kommen, da entgegen der zuerst gehegten Absicht, das kommunistische Mißtrauensvotum mit der Haushaltsberatung des Innenministers zu verbinden, dieses doch auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die Abstimmung über dieses Mißtrauensvotum dürfte ergeben, daß

die Regierungsparteien geschlossen hinter der Person des Innenministers

stehen und nicht gesonnen sind, sich durch reine Agitationsanträge einer verantwortungslosen Opposition in der so notwendigen sachlichen Zusammenarbeit stören zu lassen.

Keine politischen Reisepläne Dr. Stresemanns

Berlin, 10. Februar. Gegenüber den sensationellen Meldungen eines Berliner Mittagsblattes wird an zuständiger Stelle erneut betont, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann nicht beabsichtige, während seines Erholungsaufenthaltes im Süden politisch tätig zu sein. Eine Reise des Botschafters von Hoesch nach St. Remo oder zum Aufenthaltsort Dr. Stresemanns sei nicht vorgesehen. Ebensowenig sei im Berliner Auswärtigen Amt bekannt, daß eine hohe italienische Persönlichkeit den Reichsaußenminister aufsuchen werde. Eine Zusammenkunft Stresemanns mit Briand an der Riviera sei in den Unterredungen zwischen Briand und dem deutschen Botschafter nicht erwogen worden.

Amerika drängt auf Abrüstung

Coolidge wünscht eine See-Entwaffnungskonferenz

Berlin, 10. Februar. Präsident Coolidge teilte heute dem Kongreß mit, daß die amerikanische Regierung in Tokio, London, Paris und Rom ein Memorandum habe überreichen lassen, in dem um die Einberufung einer See-Entwaffnungskonferenz gebeten wird. Zur Begründung führte Coolidge an, daß die Genfer Besprechungen keine positiven Formen annähmen. Es müsse gefordert werden, daß eine wirkliche Entwaffnungskonferenz zustande komme.

Weil Genf versagt

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Februar. Die bereits in der Presse vor einiger Zeit wiedergegebene Nachricht, daß Präsident Coolidge zunächst

für die Seerüstung ein neues Vorgehen

plant, erfährt durch Mitteilungen, die wir einer über die Entwicklung in Washington wohl unterrichteten Persönlichkeit verdanken, in erhöhtem Maße Bestätigung. Präsident Coolidge will den an der Washingtoner Seeabrüstungskonferenz beteiligten Mächten die Vereinbarung eines Flottenstandards vorschlagen, wonach die U. S. A. 5, England ebenfalls 5 und Japan 3 Flottenstärke-Limit zugewiesen werden sollen. Auch Italien und Frankreich soll dieser Vorschlag übermittelt sein, jedoch sind von diesen Staaten Einwände erhoben worden, die im großen ganzen besagen, daß

für die Mittelmeermächte ein besonderer Standard aufgestellt

werden muß. Präsident Coolidge will im Anschluß an die Bekanntgabe seiner Vorschläge eine Kritik der Genfer Abrüstungsmethoden anknüpfen, in der diese als für eine wirkliche Abrüstung ungeeignet bezeichnet und dem Völkerbund nahegelegt wird, die gesamte Materie, die nur eine konkrete Fassung zulasse, wieder in die Hände der hauptinteressierten Länder zurückzulegen

Um die Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums

Berlin, 10. Februar. Wie die „T.-U." von unterrichteter Seite erfährt, hat die Reichsregierung am vergangenen Montag bei der französischen Regierung angeregt, das am 21. Februar ablaufende deutsch-französische Handelsprovisorium auf drei Monate zu verlängern, um auf die Schaffung eines definitiven Handelsvertrages genügend Zeit zu gewinnen. Von französischer Seite war nur eine kurzfristige Verlängerung des Provisoriums gewünscht worden. Man ist jedoch auf deutscher Seite der Ansicht, daß das kurzfristige Provisorium die endgültigen Verhandlungen nicht fördern könne, zumal der französische Zolltarif bisher noch immer nicht der Kammer vorgelegt worden ist. Die französische Regierung hat sich mit der vorgeschlagenen Verlängerung des Provisoriums einverstanden erklärt, wenn die französischen Weine dabei berücksichtigt werden. Auf deutscher Seite ist man jedoch der Ansicht, daß die Regelung dieser Frage dem definitiven Handelsvertrag überlassen werden muß. Zurzeit wird in Berlin über die Frage der Verlängerung des Provisoriums verhandelt. Man hofft bestimmt, daß sich eine Einigung erzielen läßt. Eine Spannung in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen ist nicht zu befürchten, zumal das gegenwärtige gültige Provisorium nur etwa 15—20 Prozent der Verhandlungsmaterie umfaßt und eine Nichtverlängerung des Provisoriums den bisherigen Zustand nicht entscheidend beeinträchtigen könnte.

Deutsche Entschädigungsklage gegen Polen

Berlin, 10. Februar. Wie die Abendblätter aus dem Haag melden, ist beim ständigen internationalen Gerichtshof eine neue Klage der deutschen Regierung gegen die polnische Regierung eingegangen. Diese Klage beruht auf der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes vom 25. Mai 1926 in der Angelegenheit der Stickstoffwerke von Chorzow. Die deutsche Regierung ersucht in ihrer neuen Klageschrift den Internationalen Gerichtshof, eine Entscheidung zu erlassen, daß die polnische Regierung den betroffenen deutschen Unternehmungen (den Vereingesellschaften Oberschlesische Stickstoffwerke und Bayerische Stickstoffwerke) Schadenersatz-Leistungen bezahlen soll, deren Gesamtbetrag etwa 75 Millionen Goldmark betragen müsse.

Drei deutsche Zeitungen in Ostoberschlesien beschlagnahmt

Berlin, 10. Februar. Wie die Abendblätter melden, sind gestern die drei deutschen Zeitungen Ostoberschlesiens, die „Kattowitzer Zeitung", der „Oberschlesische Kurier" und der „Volkswille" auf Veranlassung der polnischen Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Der Grund ist die Veröffentlichung eines Berliner Berichtes über den Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, in dem übereinstimmend mit den in den reichsdeutschen Zeitungen veröffentlichten Darstellungen auf die ungünstige Einwirkung der Ausweisungen Deutscher aus Ostoberschlesien auf die Handelsvertragsverhandlungen hingewiesen wurde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702112-10/fragment/page=0001

Verschärfung des Chinakonflikts

Das Pekinger Kabinett ignoriert Englands Memorandum

Berlin, 10. Februar. Wie die Abendblätter aus Peking melden, beschloß das Pekinger Kabinett:

1. Den Protest der Mächte gegen die Entlassung Aglons zu ignorieren und, wenn nötig, auch seinen Nachfolger Edwards wegen Obstruktion zu entlassen.
2. Das zweite britische Memorandum nicht zu beantworten, bis Nord-Chinas Protest gegen die Truppentransporte durch England befriedigend beantwortet worden ist.
3. Amerikas Vorschlag, Schanghai zu neutralisieren, unbeantwortet zu lassen und damit abzulehnen, daß Schanghai unter der Jurisdiktion des Nordens stehe und von seinen Truppen genügend geschützt werde.

Ein englisches China-Memorandum in Genf

Genf, 10. Februar. Dem Generalsekretär des Völkerbundes ist heute ein vom Außenminister Chamberlain unterzeichnetes Memorandum der englischen Regierung zugegangen, in dem die Richtlinien der englischen Chinapolitik dargelegt werden und bedauert wird, daß gegenwärtig keine Möglichkeit bestehe, um eine Mitwirkung des Völkerbundes zur Lösung des Chinakonfliktes herbeizuführen.

In einem soeben vom Völkerbundssekretariat veröffentlichten kurzen Kommuniqué wird ein kleiner Auszug aus diesem Dokument gegeben, in welchem es u. a. heißt:

Die britische Regierung hielt es für notwendig, den Völkerbund und seine Mitglieder in Kenntnis zu setzen über die britische Politik in China, um ihnen die Möglichkeit zu geben, einzusehen, bis zu welchem Punkte die Politik der britischen Regierung in China in vollständiger Uebereinstimmung mit der Völkerbundsatzung sich befindet. Die britische Regierung bedauert jedoch, keinen Weg zu sehen, demzufolge der Völkerbund seine Beihilfe zur Regelung der Schwierigkeiten in China im gegenwärtigen Moment leisten könnte, die britische Regierung erklärt aber, wenn sich eine solche Gelegenheit bieten sollte, so würde sie glücklich sein, den Völkerbund für die Regelung der chinesischen Frage in Anspruch zu nehmen.

Die polnischen Rechtfertigungsversuche

Berlin, 10. Februar. Die polnische Regierung bemüht sich, durch eine amtliche Auslassung die Schuld an der deutsch-polnischen Verhandlungskrise von sich abzuwälzen. Gegenüber den verschiedenen polnischen Aeußerungen betont man in Berliner diplomatischen Kreisen, daß es selbstverständlich deplaziert gewesen wäre, die letzte vorgesehene Sitzung unter den gegenwärtigen Umständen abzuhalten. Es trifft zu, daß Ende vorigen Jahres in den Verhandlungen eine gewisse Annäherung erzielt war. Dagegen hat Polen bis heute noch nicht auf den Grundsatz verzichtet, mit Deutschland zu treffende Vereinbarungen durch die innerpolitische Gesetzgebung zu ändern. Ein Abbruch der Verhandlungen würde für die deutsche Wirtschaft keinen gegenüber dem bestehenden neuen Zustand schaffen, da bekanntlich zwischen beiden Ländern immer noch der Wirtschaftskrieg besteht. Man betont ferner, daß man sich in Deutschland über das, was eventuell in den Verhandlungen hätte erreicht werden können, keine Illusionen machen dürfe. Die protektionistische polnische Handelspolitik ist besonders in letzter Zeit darauf aus gewesen, die deutsche Wareneinfuhr nach Polen mit allen Mitteln zu verhindern.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß Verhandlungen über die polnische Ausweisungspraxis im Zusammenhang mit den Niederlassungsverhandlungen schon seit Wochen gepflogen werden, und daß die Intentionen, denen die deutsche Demarche vom vorigen Sonnabend gefolgt sind, noch von dem alten Kabinett Marx stammen.

*

Zu den Angriffen der „Times" gegen die Reichsregierung wegen der in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ausgebrochenen Krisis bemerkt die „Tägl. Rundschau":

Die „Times" verschweigt ihren Lesern geflissentlich, daß die neue deutsche Regierung, die durch das brutale Vorgehen der Polen gegen deutsche Reichsangehörige in Ost-Oberschlesien geschaffene Sachlage, aus der die Krisis entstanden ist, bereits vorfand, und daß die Angehörigen der Rechtsparteien in der neuen Regierung auf die Gestaltung der Dinge gar keinen Einfluß gehabt haben. Es kommt dem Blatte eben nur darauf an, Deutschland ins Unrecht zu setzen, weil das wieder einmal im Interesse der englischen Politik liegt. Schäbige Praktiken, die sich hier von selbst ad absurdum führen müssen, wie sie sich anderswo — z. B. in Ostasien — ad absurdum geführt haben.

Ostpreußen und Polen

Warschau, 9. Februar. Der „Dziennik Bydgoski" schreibt bei der Besprechung der neuen deutschen Reichsregierung in einem Leitartikel u. a.: „Wir in Polen brauchen unser Verhältnis zu Deutschland nicht einer Revision zu unterziehen. Die preußische Herrschaft in Pommerellen und in Oberschlesien ist für das junge Geschlecht beinahe eine so ferne Erinnerung wie die Herrschaft der römischen Adler am Rhein, in Köln, in München und in Trier. Auch Ostpreußen wird nicht bei Deutschland bleiben. Das Unvermeidliche hat keine Eile. Ostpreußen, das erst im Jahre 1866 mit Deutschland verbunden wurde, und vorher ein solches Eigentum der preußischen Krone war, wie einst Luxemburg Eigentum der holländischen Krone und der Kongo Eigentum der belgischen, werden die Deutschen selbst befreien, wie England Irland befreit hat, da trotz aller Bemühungen die Kolonisation des Nordostens durch die Deutschen schon längst abgeschlossen ist."

Da befindet sich das polnische Blatt über Ostpreußen in einem gefährlichen Irrtum!

Warschaus Politik in Rom

Warschau, 9. Febr. Die polnische Presse geht jetzt auf die Aeußerungen des neuen polnischen Gesandten in Rom, Knoll, ein, der einem Interviewer gesagt hatte, die Kleine Entente habe für Polen keinen besonderen Wert. Polen habe gegen Ungarn keine Feindschaft, eher sei das Gegenteil der Fall. Zu dieser Erklärung nimmt die „Rzeczpospolita" in einem Aufsatz Stellung, in dem sie auf die allgemeine Balkanpolitik eingeht und sagt, die Balkanpolitik Deutschlands und Italiens sei offenbar. Deutschland spekuliere auf den Anschluß Oesterreichs und die Erneuerung des Einflusses auf dem Balkan, während Italien Südslawien schwächen wolle. Der Berührungspunkt der Politik der beiden Staaten seien die Bestrebungen auf Zerschlagung der Kleinen Entente. In diesem Zusammenhang könne Polen den Angriffen gegen die Kleine Entente nur ablehnend gegenüberstehen, denn es sei ganz klar, daß die Kleine Entente die beste Garantie für die Stabilisierung Mitteleuropas sei. Die polnische Diplomatie müsse daher bei der Zurückweisung der Angriffe auf die Kleine Entente mitarbeiten. Die „Gazeta Warszawska Poranna" geht noch weiter und tritt unverhüllt in scharfer Weise gegen Knoll auf. Eine ungarnfreundliche polnische Politik käme zurzeit nicht in Frage. Sie sei schon wegen der dauernden heftigen Kämpfe mit Deutschland widersinnig. Knolls Aeußerungen müßten zurückgewiesen werden und die Zusammenarbeit mit Rom dürfte sich unter keinen Umständen auf dunklen Pfaden bewegen.

Ratifizierung internationaler Abkommen durch Polen

Berlin, 10. Februar. Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, hat der Sejm am Mittwoch nachmittag in zweiter und dritter Lesung der Ratifizierung einer Reihe zwischenstaatlicher Abkommen zugestimmt, u. a. einer polnisch-deutschen Konvention über die Regulierung der Grenzverhältnisse, zwei deutsch-polnischen Abkommen über den Eisenbahnverkehr und einem Abkommen mit Deutschland in der Angelegenheit der Wasserleitungen in Oberschlesien.

Aus aller Welt

Was Schwindler verdienen

Der Gang zum Telephon — Elegante Leute — Die Bilanz.

Dresden, 10. Februar. Zwei vielgesuchte Schwindler, hinter denen auch die Berliner Kriminalpolizei schon länger her war, wurden jetzt endlich in Dresden festgenommen. Der eine, ein internationaler Gauner, der unter dem Namen „Graf Verolsa" und „Albert van den Berg" in Paris, Brüssel, Genf und in vielen Städten der Schweiz auftrat und dort auch schon bestraft wurde, ist ein 26 Jahre alter Simon Weinberg, der aus Alexandrien stammt. Er betrieb überall auf eine eigene Art den Ladenklassendiebstahl.

Abends, wenn die Geschäftsleute bereits abgeschlossen hatten oder mit der Abrechnung noch beschäftigt waren, erschien er im Laden, kaufte eine Kleinigkeit und

hat, einmal telephonieren zu dürfen.

Während er an den Apparat ging, verstand er es, heimlich in die Kasse zu greifen oder auch den Beutel, den der Geschäftsmann mit der Tageslosung neben die Kasse gestellt hatte, einzustecken.

Was ihm diese Diebstähle einbrachten, geht aus der Lebenshaltung hervor, die die hiesige Kriminalpolizei feststellte. Der

Schwindler besaß zwei möblierte Zimmer,

für die er monatlich 400 Mark Miete zahlte. Meistens aber wohnte er nicht dort, sondern in zwei vornehmen Hotels, in denen er abwechselnd auf mehrere Tage einkehrte. Aus einer Rechnung ersah man ferner, daß er sich bei einem Schneider am Kurfürstendam einen Frack für 400 Mark und einen Smoking für 350 Mark hatte anfertigen lassen.

In Berlin wurden dem Verhafteten bisher drei Diebstähle nachgewiesen, bei denen er durchschnittlich 2000 Mark erbeutete. Trotzdem pumpte er auch noch einen Hotelpförtner um 60 Mark an. Zur weiteren Aufklärung seines Treibens werden Bestohlene gebeten, sich bei der Dienststelle C. 4 im Zimmer 102 des Polizeipräsidiums zu melden. Bei dem zweiten in Dresden festgenommenen Schwindler handelt es sich um den 24 Jahre alten „Kaufmann" Alfonso Daberkow, der sich bald für einen „Magistratssekretär Eichler", bald für einen „Bahnpostinspektor Hans Zänker" ausgab. Er ließ sich von verschiedenen Firmen Waren, wie Kleidungsstücke, goldene Uhren, Füllfederhalter usw., zur Auswahl schicken und trieb damit einen schwungvollen Handel.

Großfeuer auf der Brooklyner Marinewerft

New-York, 10. Februar. Von einem Riesenfeuer wurde die amerikanische Marinewerft in Brooklyn heimgesucht. Die Löscharbeiten wurden von dem Admiral Plunkett persönlich geleitet. Sämtliche verfügbaren Marinetruppen wurden zur Unterstützung der Feuerwehr herangezogen. Mehrere Kriegsschiffe beteiligten sich von der Seeseite an der Löschung, u. a. das Schulschiff „Pueblo", das jedoch bald die Anker lichten mußte, um sich selbst in Sicherheit zu bringen. Explosionen haben sich glücklicher Weise nicht ereignet. Erst nach stundenlanger anstrengender Arbeit konnte das Feuer auf den Herd beschränkt werden. Der Schaden wird auf 1,5 Millionen Dollar geschätzt.

„Ruhe, du Lausbub!" In Graz verklagte ein Handlungsgehilfe einen Wand an Wand mit ihm wohnenden Herrn wegen Beleidigung, weil jedesmal, wenn sich der Handlungsgehilfe in seinem Zimmer nur rührte, im Nebenzimmer der Papagei des Nachbars rief: „Ruhe, du Lausbub!" Bei der Gerichtsverhandlung erschien der Verklagte mit seinem Papagei, der sich durch die Würde des Ortes nicht einschüchtern ließ und den Richter mit den Worten anschrie: „Ruhe, du Lausbub!" Auch das Publikum, das durch die Verhandlung sehr heiter gestimmt war, mußte sich die gleiche Liebenswürdigkeit gefallen lassen. Der Prozeß endete mit dem Vergleich der beiden Parteien.

Das Judenviertel in Cherbourg niedergebrannt. Wie aus Cherbourg gemeldet wird, ist das dortige Judenviertel durch Feuer vernichtet worden.

Ein Meteor — der Schrecken einer Stadt. Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, ist in der Nähe der Stadt Mohilow in Podolien ein großer Meteor niedergesaust, wodurch in der Bevölkerung ungeheure Panik hervorgerufen wurde. In den Straßen des Städtchens knieten die Leute nieder und begannen zu beten. Der Meteor richtete keinen Schaden an.

Der Weg aus der Nacht

45] **Preisgekrönter Roman von Edmund Kiß.**

Der vote Peter hatte schon recht gehabt, als er zu Herrn Baoschen sagte, ich habe ein dickes Fell.

Der Wille zum Leben war in mir erwacht und ich fühlte ihn wachsen, je länger ich durch die finstere Nacht tastete.

Hier und da schauten freigewehte, matiglänzende Eisenbahnschienen aus dem Schnee, dann kam wieder eine Telegraphenstange; auch rutschte ich mitunter einen Abhang hinunter, ein drastisches Zeichen, daß ich noch auf dem Bahndamm gewesen war.

Jede halbe Stunde legte ich eine kurze Rast ein. Es lag System in meiner nächtlichen Wanderung. Und doch brauchte ich die ganze lange Winternacht, um nach Rosenfelde zu gelangen.

Tief verschneit lag im trüben Morgengrau der Park und der alte vornehme Herrenhof, als ich mit zitternden Knien durch die Hauptallee ging.

Ich war mir darüber klar, daß die Wanderung nicht viel länger hätte dauern dürfen, sonst wäre ich an einem anderen Ziele angekommen, das für die Menschen dunkel und undurchsichtig ist. Wo ich den Weg von der Haltestelle Rosenfelde durch den sturmgepeitschten Wald mit seinen nachtschwarzen Tannen überhaupt gefunden habe, ist mir heute nicht mehr klar.

Wenn ich mein Gehirn anstrenge, um im Geiste die letzte Wegestrecke noch einmal zu gehen, ist es mir, als sei jemand vor mir her gegangen mit schleppendem, müdem Gang und gebeugtem Leib. Aber ich weiß es nicht bestimmt, ob es so war, denn ich war geblendet vom Schnee und ausgebrannt vor Müdigkeit.

Aus einem Fenster des Flügels, in dem Hanna und die Kinder wohnten, leuchtete ein mattes Licht durch die schneeerfüllte Luft wie ein entzündetes Auge.

Dort schien noch jemand wach zu sein. Oder schon? Als ich in den Ehrenhof des Hauses Rosenfelde trat, rissen mich die beiden Hofhunde unversehens zu Boden.

Ich wehrte mich und schlug um mich. „Hektor! Diana! Seid ihr des Teufels?" zankte ich empört. Die beiden braven Hunde hatten meine Hand und meine Stimme erkannt und standen, halb erfreut und halb verlegen, mit den Ruten wedelnd, neben mir im tiefen Schnee.

Sie waren sehr beschämt und hätten für ihr Leben gern ihre Unfreundlichkeit gegen mich zurückgenommen.

Ich bot als der Aeltere und vielleicht Vernünftigere zuerst die Hand zur Versöhnung, so daß freudiges Gejaule das eben noch wütende Geklaff ablöste.

Oben öffnete sich das erleuchtete Fenster und ich erkannte den dunklen Schattenriß des Generals.

„Wer ist da unten?" fragte er unfreundlich und mit gedämpfter Stimme. Er schien sich über den Lärm, den die Hunde gemacht hatten, zu ärgern.

„Fritz!" antwortete ich lachend und glücklich. „Wie geht es meiner Hanna und dem Jungen?"

„Gut. Ich komme hinunter und werde dich einlassen."

Ich saß mit meinem Schwiegervater allein am Frühstückstisch. Der General hatte bei seiner Tochter Wache gehalten wie ein echter, treuer Soldat, geduldig und unermüdlich.

Meine Hannah schlief. Leider hatte sie gestern Fieber bekommen. Der Arzt wollte gegen acht Uhr morgens nach Rosefelde kommen. Der Schlitten, der noch am Abend vorher mehrere Stunden lang auf mich gewartet hatte, war schon wieder unterwegs, um ihn aus der nächsten Stadt zu holen.

Meine Schwiegermutter schlief noch, weil sie in der letzten Nacht gewacht hatte.

Es steht also doch nicht so gut um Hanna, dachte ich voll Sorge.

„Kann ich meinen Jungen wenigstens sehen?" fragte ich.

Der General schüttelte den Kopf. „Seine Wiege steht neben Hannas Bett," antwortete er. „Sie will es so haben. Wir wollen also in Geduld abwarten, bis sie beide wach sind."

„Hanna hat wirklich nach mir gefragt?" forschte ich, denn ich konnte es nicht glauben.

„Ja, der Arzt sagt es," erwiderte mein Schwiegervater. „Auch ich habe es gehört, wie sie sagte: wann kommt endlich mein Mann?"

„Das wäre mehr Glück, als ich es verdiene," sagte ich.

„Mein armer, lieber Junge," antwortete der General.

Es wurde Tag und doch nicht hell.

Die Petroleumlampe über dem runden Frühstückstisch brannte mit gelber, trüber Flamme und begann zu flackern. Sie mußte wohl wieder gefüllt werden.

Ich hatte warten gelernt und wartete.

Der Schlitten, der den Arzt brachte, läutete auf dem Hofe. Die beiden Hunde bellten wütend. Gleich darauf erschien meine Schwiegermutter und begrüßte mich in alter herzlicher Weise, als sei ich nie in der Nervenklinik gewesen und hätte der Familie nie Kummer und Sorge bereitet. Ich stellte mich an den Türpfosten, an die Schwelle des Zimmers meiner Frau, als der Arzt hinein ging. Ich wollte und durfte ihm nicht folgen, denn ich konnte es garnicht glauben, daß Hanna nach mir gefragt hatte.

Der Arzt schien mit dem Befinden meiner Frau zufrieden zu sein und ich hörte, wie er zu ihr sagte: „Ihr Gemahl ist angekommen, anädige Frau. Wollen Sie ihn sehen?"

„Wo ist er?" fragte Hanna in jäher Freude. „O, er soll schnell zu mir kommen. Ich habe solange auf ihn gewartet und habe ihn gerufen und er hat mich nicht gehört."

Der Arzt kam an die Tür. „Treten Sie ein, Herr Regierungsrat," bat er mit leiser Stimme und mit einem Lächeln. „Sie haben den Wunsch Ihrer Frau Gemahlin wohl selbst gehört."

Ich ging hinein, mit schlagendem Herzen, und trat an das Bett meiner Hanna.

Sie erkannte mich zuerst nicht.

„Peter, bist du es?" fragte sie und die Freude zitterte in ihrer Stimme.

„Nein, ich bin Fritz," antwortete ich trübe und das Gefühl der Verlassenheit drängte sich in mein Herz, daß es ganz taub vor Jammer wurde.

Nun wußte ich, daß sie nicht nach mir gefragt hatte. Ich hatte es gleich geahnt, daß so viel Glück für mich nicht mehr da sei.

Hanna schrie gellend auf. Ihre Hände reckte sie abwehrend gegen mich. „Fritz! Du! Nein, nein!" rief sie und starrte mich mit angsterfüllten Augen an.

Ich ging hinaus.

Meine Schwiegereltern standen erschüttert vor dem Sessel, in den ich mich geworfen hatte, und wußten weder Trost noch Rat.

„Es ist mir unbegreiflich," sagte der General und die Stimme des alten Soldaten zitterte. „Sie hat dich doch gerufen! — Und nun das?"

„Sie hat nicht nach mir verlangt," erwiderte ich ruhig. Ich wußte, wen sie gerufen hatte.

„Sie redet im Fieber," erklärte der Arzt, der später zu uns herüberkam. „Wir müssen warten, bis Ihre Frau gesund ist, Herr Regierungsrat. Ich begreife sie allerdings nicht, denn sie hat wiederholt Ihren Namen genannt und gefordert, ich solle Sie rufen."

„Ja, sie hat den Namen Peter genannt," sagte ich.

„Richtig! So war es," bestätigte der Arzt. „Und das war so dringend, daß ich keine Bedenken hatte, Sie zu rufen."

„Ich heiße Fritz," sagte ich und meine Stimme klang mir selbst fremd. „Ihr verstorbener Mann hieß Peter."

Der Arzt schwieg, peinlich berührt.

Ich hätte es ihm lieber nicht sagen sollen, aber das Leid hatte mich für kurze Zeit der klaren Ueberlegung beraubt, obschon ich innerlich auf diese Enttäuschung vorbereitet gewesen war.

Hannas Befinden verschlimmerte sich. Der Arzt wurde wieder gerufen und blieb dauernd in Rosenfelde.

Ich mochte mit niemandem sprechen und ging hinaus in den Winterwald, um den Bach zu suchen, an dem ich im Sommer unter den belaubten Buchen Maria Laas gefunden hatte.

Der Bach war zugefroren, das Gras verschneit und der Wind wehte durch knackende tote Aeste. Ich stand an dem Baumstumpf, auf dem das geliebte Kind gesessen und dachte mit Bitterkeit an jene geheimnisvolle Stunde, mit einer Bitterkeit, in die sich Liebe und Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies seltsam mischten.

Ich wartete nicht mehr auf Maria. Ich wußte nun, daß ich auch von ihr verlassen war. Alles, was ich erlebt und gesehen hatte, war eitel Spuk gewesen, waren die Phantasien eines krankgeschossenen Hirnes.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702112-10/fragment/page=0002

Vor der Entscheidung

Zur Lage des Kampfes um die großdeutsche Studentenschaft.

Durch die Presse geht in den letzten Tagen die Meldung, daß der Herr Kultusminister die entscheidende Verhandlung mit den Studentenschaften im Beisein der Rektoren nicht am 12. und 13. Februar stattfinden lassen will. Jeder, der die Verhältnisse im akademischen Leben kennt und mit Aufmerksamkeit die letzten Meldungen über den Verfassungskampf verfolgt hat, wird vor einem Rätsel stehen. Wenn dem „Studentenvater" Dr. Becker tatsächlich an einer Beruhigung der akademischen Jugend läge, würde er ohne Zweifel möglichst schnell durch Verhandlungen in Berlin den ganzen Streit beizulegen suchen.

Was soll man als Grund für diese Verzögerung annehmen? Ich glaube, wenn der Herr Kultusminister seines Sieges so gewiß wäre, wie die Linkspresse das tagtäglich behauptet, würde der Kultusminister die erste Gelegenheit benutzen, um zur Entscheidung zu kommen und seinen Sieg unter Dach und Fach zu bringen. Mir aber scheint, dieses Zögern nur der Beweis dafür zu sein, daß der Herr Kultusminister seines Erfolges doch wohl nicht so ganz sicher ist, und daß er vielleicht selbst an manchem, was er zuerst für Tatsache hielt, irre geworden ist. Denn daß das Kultusministerium doch wohl nicht so gut orientiert war, wie man hätte annehmen müssen, erhellt aus der Tatsache, daß der Vertreter des Kultusministeriums auf der Hauptausschußsitzung der Deutschen Studentenschaft in Berlin, als er über die tatsächliche Lage in Deutsch-Oesterreich aufgeklärt wurde, erklären mußte, daß man von diesen Tatsachen in dem Kultusministerium keine Ahnung gehabt habe. Wir möchten wünschen, daß der Studentenvater sich über die Lage seiner Söhne möglichst genau in diesen Wochen noch orientiert, denn uns scheinen die durch den Brief vom 24. Dezember 1926 angeschnittenen Fragen und Probleme doch von zu entscheidender Bedeutung zu sein, als daß man sie so einfach übers Knie brechen könnte. In diesem Sinne aber auch nur, wenn solche Erwägungen im Kultusministerium angestellt werden, können sich die Studentenschaften mit der Herauszögerung der Entscheidung einverstanden erklären.

Daß die Absichten des Kultusministers von den preußischen Studentenschaften klar erkannt worden sind, daß man sich bewußt ist, daß der Versuch gemacht werden soll, die Studentenschaft unter parteipolitischer Führung zu zerschlagen, beweist der Magdeburger Studententag, und wer noch an eine ruhige Lösung geglaubt hatte, der wurde aus seinem Michelschlafe durch die Fanfaren des republikanischen Studentenkartells unsanft aufgeweckt. Man hatte den Versuch gemacht, in ruhiger, sachlicher Beratung eine einheitliche Stellung der preußischen Studentenschaften zu erzielen. Daß das nicht gelang, war nicht die Schuld der Deutschen Studentenschaft und nicht die Schuld der nationalen Mehrheit, die sich mit fast zu viel Geduld die Propagandareden des republikanischen Studentenkartells anhörte.

Wohin der Weg tatsächlich gehen soll, zeigte vor allem der Kreis V mit seinen wort- und redegewandten Vertretern, die ganz klar zum Ausdruck brachten, daß es ihnen nur darauf ankommt, die sozialistischen Studenten in Deutsch-Oesterreich als eine Gruppe in die Studentenschaft hineinzubekommen. Erfreulich war auch die Offenheit eines Bonner Vertreters, der „besser" orientiert war über die „augenblickliche Stimmung" des Kultusministeriums, da er noch am Sonntagmorgen mit dem Kultusministerium bzw. seinem Vertreter verhandelt hatte. Und wenn von dem Kultusministerium in seinem Briefe von einer Knebelung der Minderheiten gesprochen wird, so dürfte Magdeburg den Beweis erbracht haben, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Auf die Anfrage eines Berliner Studenten, ob die Vertretungen paritätisch zusammengesetzt worden seien, wurde festgestellt, daß alle Vertretungen paritätisch gebildet seien, nur Bonn hatte 4 Herren der Minderheit geschickt, obwohl das Stimmverhältnis 9 Stimmen des Hochschulringes gegen 16 des republikanischen Studentenkartells und der katholischen Liste ausmachten. Daß sich ob dieser Mitteilung ein unendlicher Jubel erhob, ist zu verstehen. Und wir möchten nur wünschen, daß mit der gleichen Objektivität auch von seiten der nationalen Studentenschaften vorgegangen würde.

Daß man in Magdeburg nicht zu einer einheitlichen Stellung kommen würde, war von vornherein klar. Um so erfreulicher war es, daß in Magdeburg die nationalen Studentenschaften miteinander Fühlung aufnehmen, und sich die Vertreter dieser Studentenschaften untereinander aussprechen konnten. Der Erfolg blieb auch nicht aus, und gleich nachdem die Entschließung, die vom Vorstand der Deutschen Studentenschaft vorgelegt wurde, angenommen war, konnte der Altvorsitzer der Deutschen Studentenschaft ein Antwortschreiben an den Kultusminister zur Kenntnis bringen, das in dieser Form von allen preußischen Studentenschaften bis auf die des Kreises V (Rheinischer Kreis) an den Kultusminister geschickt werden soll.

Unsere Aufgabe aber wird es sein, in den nächsten Wochen und Monaten die Augen offen zu halten und dafür Sorge zu tragen, daß die geistige Knochenerweichung nicht auch auf Kreise der Studentenschaft hinübergreift, die bisher fest und unerschütterlich an dem Ziel der feldgrauen Gründer festhielten: Der großdeutschen Studentenschaft als Vorhof des großdeutschen Reiches der Zukunft! N.

Halle und Umgebung

Halle, 11. Februar.

Der Haushaltsausschuß

beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Vergleich zwischen der Stadt und dem Parochialverband, den wir bereits veröffentlicht haben und dem der Rechts- und Verfassungsausschuß bereits seine Zustimmung erteilt hatte. Die Linke nahm geschlossen Stellung dagegen und wollte lieber in jedem einzelnen Falle die Gerichte entscheiden lassen. Nun ist aber bereits dreimal eine höchstrichterliche Entscheidung gegen die Stadt gefallen, und die Stadt hätte dann neben den Baukosten immer noch die hohen Gerichtskosten zu zahlen. Es wurde beantragt, dem Antrage einen Zusatz zu geben, daß er Gültigkeit haben soll, solange die Bestimmungen über die Patronatslasten bestehen. Mit diesem Zusatz wurde der Vertrag mit dem Parochialverband angenommen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, daß der Magistrat beim Städtetag vorstellig werden soll behufs Ablösung der Patronatslasten.

An den Bund zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft soll ein umfangreiches Gelände an der Wörmlitzer Str. und Röpziger Str. verpachtet werden. Der Bund muß das von ihm bisher benutzte Gelände auf dem Domacker aufgeben, da dieses Bebauungszwecken zugeführt werden soll. Dabei ist die Verlegung der Schrebergärten notwendig. Hierzu zahlt die Stadt einen Kostenbeitrag von 14 000 Mark aus der Frühjahrsanleihe 1925. Der Ausschuß stimmte der Vorlage zu mit der Aenderung, die ihr der Grundeigentumsausschuß gegeben hatte, daß die Pacht nur auf 50 Jahre abgeschlossen wird.

Für die kaufmännische Berufsschule muß für das 3. Schuljahr von Ostern 1927 an Unterricht im Kochen, Waschen und Plätten und in der Nahrungsmittellehre eingerichtet werden. Zu diesem Zweck soll ein Keller im Stadtgymnasium als Küchenraum eingerichtet werden. Hierfür sowie für die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände ist ein Betrag von 10 000 Mark erforderlich. Dieser soll in den Etat für 1927 eingesetzt und jetzt vorschußweise gezahlt werden. Für den Unterricht kommen etwa 230 Mädchen in Frage.

Aus dem Schmidtschen Legatenfonds steht ein Betrag von 225 Mark zur Verteilung zur Verfügung. Hiervon sollen 125 Mark dem Küppelheim in der Sophienstraße und 100 Mark der Kinderbewahranstalt Martinsberg überwiesen werden. Schließlich stimmte der Ausschuß einer Aenderung der Gebührenordnung für die hiesige Freibank zu. Die bisherigen Gebühren haben nicht ausgereicht, um die Unkosten zu decken, die sich im Jahre auf 3925 Mark belaufen. Durch die Freibank kommen jährlich 40 000 Kilogramm Fleisch zum Verkauf, davon 16 000 Kilogramm in gekochtem Zustand. Die Gebühren sollen von 5 Pf. auf 9 Pf. erhöht werden. Eine Erhöhung des Fleischverkaufspreises tritt damit nicht ein.

Wir ersparen Ihnen Zeit und Weg!

Zur Bequemlichkeit für unsere Leser haben wir mit der Halleschen Straßenbahn eine Abmachung getroffen, wonach auch in unserem Reisebüro die

Ausgabe von Wochen- und Monatskarten der Straßenbahn

stattfindet. Wir hoffen, daß unsere Leser und Freunde von dieser Einrichtung lebhaften Gebrauch machen werden.

Reisebüro der „Halleschen Zeitung",

Leitung Stangen's Reisebüro, G. m. b. H., Berlin, Agentur Halle, Leipziger Straße 61/62. Fernruf: 23 766.

Die Höhe der Kirchensteuer

Ueber die Höhe der Kirchensteuer wird vielfach geklagt. Nach den neuesten Veröffentlichungen des Preußischen Städtebundes beträgt die steuerliche Belastung jedes Evangelischen in Preußen an Reichs-, Provinzial- und Kommunalsteuern für das Jahr auf den Kopf 139 Mark. Dazu kommt eine Kirchensteuer von durchschnittlich 3,40 Mark (in Halle knapp 4 Mark).

Diese Zahlen zeigen dem Kundigen, daß die Kirche trotz des Verlustes ihrer Vermögensbestände durch die Inflation mit ihren Anforderungen in bescheidenen Grenzen geblieben ist. So unerträglich hoch die gesamte steuerliche Belastung ist, so niedrig sind im Verhältnis die Kirchensteuern.

— **Die Feuerwehr** wurde gestern nachmittag gegen 1/4 Uhr nach dem Grundstück Geiststraße 28 gerufen, wo auf bisher noch ungeklärte Weise ein Dachstuhlbrand entstanden war. Die Wehr griff mit zwei Löschzügen und einigen Schlauchleitungen ein und war nach 1½stündiger Tätigkeit des Brandes Herr geworden. Das Feuer hat unter den Warenbeständen des in dem Hause befindlichen elektrotechnischen Geschäftes von Rast keinen allzu großen Sachschaden angerichtet.

— **Zur Hallenschen Missionskonferenz,** die vom 20. bis 23. Februar dauert, erfahren wir, daß sie sich folgendermaßen aufbaut: Sonntag, den 20. Februar: der Hallesche Verein für ärztliche Mission. Montag, den 21. Februar: Vorstandssitzung, Eröffnungsgottesdienst in der Marktkirche (Predigt Gen.-Sup. D. Stolte-Magdeburg), Abendversammlung (Missionsephorus D. Joh. Warneck, Sumatra): „Die Einheitlichkeit des Kampfes in der Heimat und auf dem Missionsfeld". Dienstag, den 22. Februar: Morgenandacht im Diakonissenhaus, Hauptversammlung unter Leitung von Geh.-Rat Prof. D. Lütgert, der auch den Hauptvortrag hält. Daran anschließend Besprechung der Direktoren der großen deutschen Missionsgesellschaften, ferner Synodalvertreterversammlung und allgemeine Missionsversammlung, wobei Missionspräsident Liz. Stosch-Berlin über „Neue Eindrücke vom indischen Missionsfeld" sprechen wird. Mittwoch, den 24. Februar: Religionswissenschaftliche Konferenz und allgemeine studentische Missionsversammlung. Gleichzeitig tagen, ebenfalls öffentlich, die Konferenzen der einzelnen Missionsgesellschaften und die Lehrermissionskonferenz, die sich durch verschiedene Tage hinziehen. Schließlich sind noch Jugendversammlungen und Kindergottesdienste vorgesehen.

— **Die Auszahlung der Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene** erfolgt für Februar gegen Vorlegung der Ausweiskarten beim städtischen Jugendamt, und zwar für die Buchstaben A—H am Montag, den 14. Februar, I—O am Dienstag, den 15. Februar, R—Z am Mittwoch, den 16. Februar, in der Zeit von 8½ bis 12 Uhr vormittags. In der Kasse des Jugendamtes wird wie bisher für die Buchstaben A—D und M, S, Sch und St gezahlt, während für die anderen Buchstaben im Steuererheberzimmer, Rathausstraße 3, Erdgeschoß, gezahlt wird. Die Zusatzrentenzahlung für Kriegsbeschädigte erfolgt beim Fürsorgeamt für die Buchstaben A—K am 14. Februar und für den Rest am 15. Februar zu den gleichen Zeiten. Vorzeitige Auszahlungen können nicht erfolgen und müssen die angesetzten Zahltage unbedingt eingehalten werden.

— **Die anatomische und entwicklungsgeschichtliche Sammlung der Anatomie,** Gr. Steinstr. 52, ist am Sonntag vormittag von 10—1 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet. Um 10 Uhr findet eine Führung mit Vorweisung besonderer Präparate statt.

— **Eine Feier von Luthers Todestag** soll Sonntag, den 13. Februar, im Gemeindehaus von Bartholomäus veranstaltet werden. Den musikalischen Teil hat der Petruskirchenchor übernommen. Einen Lichtbildervortrag hält der Generalsekretär des Gustav-Adolf-Vereins, D. Geißler-Leipzig, über die Liebesarbeit des Gustav-Adolf-Vereins an unseren bedrängten evangelischen Brüdern.

— **Volkshochschule.** Wir weisen darauf hin, daß der Vortrag des Gouverneurs a. D. Exzellenz Dr. Seitz-Berlin über „Afrika in und nach dem Kriege, Politik und Wirtschaft" nicht Montag, den 14. Februar, sondern Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr im Hörsaal 18 der Universität (Auditorium maximum) stattfindet.

Adolf Wagner: Staatsbürgerliche Bildung ein Vermächtnis. Herausgegeben von Dr. Adolf Damaschke, Bodenreform, Berlin, Lessingstraße 11. (Preis 50 Pfg., 10 Stück à 30 Pfg. — **Adolf Wagner, der Große, Unvergeßliche, teilt weiter.** Eben ist sein letzter Vortrag „**Staatsbürgerliche Bildung**", neu erschienen. Das Buch enthält die Grundsätzen deutscher, staatsbürgerlicher Bildung. Weiter enthält die Schrift das Vermächtnis von A. Wagner an Adolf Damaschke und die deutsche Bodenreformbewegung.

Rembrandts Selbstbildnisse

Von **Herbert Zschelletzschky.**

Bei keinem der großen bildenden Künstler findet man eine solche Zahl von Selbstbildnissen wie bei Rembrandt. Wohl haben auch Dürer, Rubens und andere bekannte Maler gern ihre eigene Person dargestellt, aber alle übertrifft sie an Zahl und Auffassung der bedeutende Holländer, dessen Geltung weit über die engen Grenzen seiner Heimat hinauswuchs.

Nicht Eitelkeit oder gar Selbstgefälligkeit trieb ihn zu diesen zahlreichen Schöpfungen. Zeigen ihn doch seine Bildnisse nicht als Ideal eines schönen Menschen. Ein naheliegender Grund scheint vielmehr der zu sein, daß der Künstler sich selbst das beste, willigste, und zugleich das bequemste, stets bereite Modell ist. An sich selbst, auch wohl an seinen Angehörigen, kann er die für seine schon zeitig begonnene Heldbunkelmalerei wichtigen Beleuchtungsstudien machen, für welche sich die Auftraggeber von Porträts nicht verwenden ließen. Bezeichnungen von Radierungen, wie „Rembrandt mit beschatteter linker Gesichtshälfte", geben Zeugnis davon. Noch wichtiger mag ihm in der Frühzeit die Möglichkeit gewesen sein, am eigenen Antlitz Ausdrucksstudien, eine Art Physiognomik, zu treiben. Unterschriften seiner Jugendradierungen besagen es: „Rembrandt mit offenem Mund" oder „mit aufgerissenen Augen", „lachend" oder „mit finsterer Stirn".

Zugleich sind seine Selbstbildnisse Dokumente seines Lebens, die in langer Folge den Wandel des äußeren Menschen und sein Schicksal vor Augen führen. Sie begleiten ihn und sein Werk in jedem Stadium des Schaffens.

Und ein Drittes ist es, was ihn immer wieder zum Selbstbildnis leitet: der Hang, über sich selbst zu reflektieren, nachzudenken über sein inneres Wesen. Dessen Ausdruck muß er vor dem Spiegel im eigenen Antlitz aufspüren, um sich von Zeit zu Zeit Rechenschaft zu geben über sein Leben und Werk. Ihn zwingt in besonders hohem Maße der faustische Drang des nordischen Menschen nach Selbsterkenntnis.

Der noch etwas derbe und rohe Ausdruck auf seinen Selbstporträts der frühen Leydener Zeit verfeinert sich, als der junge Müllersohn 1631 aus seiner Heimat nach Amsterdam übersiedelt, das bis ans Lebenende sein Aufenthalt bleibt. Nun wird der Ausdruck edler und selbstbewußter, die Kleidung gewählter. Der vorher noch trotzige, junge Mensch verlangt nach gesellschaftlicher Achtung und Anerkennung seiner sozialen Stellung als Künstler. Er wird berühmt und erhält zahlreiche Porträtaufträge. Hier ist er gezwungen, auf künstlerische Freiheiten der Darstellung zu verzichten, doch entschädigt er sich, indem er sich selbst, statt in Zeittracht, in phantastischen Kostümen und reichem Schmuck darstellt. Die wallenden Locken bedeckt das bekannte Samtbarett mit der schwingenden Feder, um den Hals und Schultern schlingen sich goldene Ketten. Manche dieser Bilder mögen zum Verkauf bestimmt gewesen sein und verraten uns, wie der Meister vom Publikum gesehen werden sollte. Kam doch die Zeit selbst seiner Veranlagung entgegen durch ihr großes, seit der Renaissance erwachtes Interesse für den Einzelmenschen, für das Porträt. In Florenz bestand sogar eine Spezialsammlung von Selbstbildnissen.

Die Zeit des ersten Eheglücks läßt das bekannte Dresdener Doppelbildnis entstehen, auf dem er sich als Offizier beim festlichen Mahle etwas effektvoll darstellt, mit herausforderndem Lachen das Weinglas schwingend, während seine Gattin Saskia, die auf seinem hochgestützten Knie sitzt, ein wenig verlegen dreinschaut. Ihr baldiger Tod im Jahre 1642 und die nun für Rembrandt folgende Einsamkeit erklären die verhältnismäßig geringe Zahl seiner Selbstbildnisse in dieser Zeit. Gegen Ende der 40er Jahre erwacht das Interesse an sich selbst wieder. Es folgt im Jahre 1648 die bekannte Radierung „Rembrandt im Hute, zeichnend". Neben dem geöffneten Fenster sitzt der Künstler in Arbeitstracht, den nach damaliger Sitte auch zu Hause getragenen Hut auf dem Kopfe. Er ist vollkommen konzentriert auf seine Arbeit und betrachtet sich mit kritischem Blick, um sich schlicht und sachlich zu zeichnen.

Den nun an zeigen sich rasch Spuren frühen Alterns. Schwere wirtschaftliche Sorgen drücken den Meister, und im Jahre 1656 bricht der Ruin über ihn herein, der ihn fast seines ganzen Atelier- und Kunstbesitzes beraubt. Aus Mangel an Aufträgen, oft nur, um überhaupt arbeiten zu können, malt er häufiger sich selbst, mit ernsten, versorgten, von Falten und Runzeln durchgrabenem Antlitz, nicht mehr in phantastischen Kostümen, die ihm der Konkurs nahm, sondern im schlichten, braunen Hausrock oder Malkittel. In kurzer Folge sterben seine zweite Lebensgefährtin, Hendrickje Stoffels, und sein Sohn Titus. Die folgenden Bilder zeigen den immer erschreckender eintretenden Verfall des äußeren Menschen, dessen Züge schwammig und aufgedunsen werden. Doch ungebrochen ist die innere Spannkraft und läßt ihn immer wieder über das Lebens triumphieren. Noch einmal faßt er sich zusammen zu dem bekannten Selbstbildnis der Berliner Galerie Carstanjen, zu einem Gemälde von ganz unheimlicher Stimmung. Je länger man dieses fast kräftsinnhaft wirkende Gesicht betrachtet, um so unsicherer wird man, ob sein Ausdruck eine ironische Grimasse oder ein höhnisches Lachen über das Leben ist. Glaubt man nicht bereits den Tod hinter ihm zu sehen, der bereit steht, ihm den Pinsel zu entreißen?

— **Ein wichtiger Altertumsfund in Aegypten.** Die englischen Archäologen Mond und Emery, die für das Archäologische Institut der Universität Liverpool Ausgrabungen zu Armant, dem alten Hermonthis, in der Nähe von Luxor, veranstalten, haben nach einem Bericht aus Kairo einen Fund von größter Wichtigkeit gemacht. Sie entdeckten einen langen gewölbten Gang aus Lehmziegeln, an dessen Nordende sie auf einen riesigen, 11 Fuß langen, 8 Fuß breiten und 10 Fuß tiefen Sandsteinsarkophag stießen. Der Sarkophag, dessen Deckel 2 Fuß dick ist, ähnelt dem von Marietie in Sakkara gefundenen, und man nimmt an, daß er das Serapeum des Heiligen Stieres darstellt, das noch in griechisch-römischen Zeiten den Hauptruhm von Hermonthis bildete. Der Sarkophag ist geplündert worden, und man ist sich vorläufig über seinen Inhalt im unklaren. Man hofft aber, in ihm oder in einem anderen der hier aufgestellten Sarkophage die Mumie des Heiligen Stieres zu finden, der von den alten Aegyptern angebetet wurde.

— **Auslandsehrungen deutscher Gelehrter.** Der Berliner Historiker Professor Dr. Ulrich Wilcken wurde zum korrespondierenden Mitglied der British Academy in London und zum Ehrenmitglied der Archäologischen Gesellschaft in Athen ernannt. — Der Generalsekretär des Archäologischen Instituts des Deutschen Reichs, Prof. Dr. Gerhart Rodenwaldt, wurde zum ordentlichen Mitglied des Bulgarischen Archäologischen Instituts in Sofia gewählt. — Die Junta de Historia y Numismatica Americana zu Buenos Aires hat den bekannten deutschen Amerikanisten Major a. D. Georg Friederici in Ahrensberg bei Hamburg zum korrespondierenden Mitglied ernannt. — Der a. o. Professor der romanischen Philologie an der Universität Würzburg, Dr. Adalbert Hämel, wurde als erster Deutscher zum korrespondierenden Mitglied der Hispanic Society of America in New-York ernannt. — Dr. Paul Martin, Professor an der veterinärmedizinischen Fakultät Gießen, wurde von der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Zürich die Würde eines Doktors e. h. verliehen.

— **Wohin steuert die sowjetrussische Dramatik?** Die sowjetrussische Theaterfachpresse vermerkt immer wieder, daß die neurussische Tendenzdramatik fast ausnahmslos sich in eine Sackgasse verrannt habe, aus der kein Ausweg, sondern nur eine Rückkehr und Umschau möglich sei. Der neue russische Dramentyp lasse sich am besten als „oberflächliche Photo-Reportage" kennzeichnen. Insbesondere gelte dies für die Darbietungen der staatlichen Agitationstheater und für die Leningrader „Studiobühne des proletarischen Schauspielers". Es genügt nicht, sich auf ein nacktes blindes Schema festzunageln, flüchtige „Blockbuch-Notizen" zu inszenieren, Anekdoten und Momentaufnahmen auf die Bühne zu projizieren. Der russische Bühnenschriftsteller von heute mache sich die Sache gar zu leicht. Den weitaus meisten Stücken fehlen der Ernst schöpferischer Verantwortung, eine tiefere soziale Problemstellung, jede Spur einer handfesten kraftvollen Handlung, die Entwicklung und Vollendung lebendiger Charaktere, farbige und überzeugende Situationen, Mannigfalt in der sprachlichen Individualisierung der handelnden Personen. Schitscheglows neuestes Stück „Burga" („Schneegestöber") scheine jedoch einen erfreulichen Wendepunkt zu bedeuten und lasse hoffen, daß in der jungen russischen Dramenproduktion die wahren Urelemente des Dramas wieder zum Durchbruch gelangen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702112-10/fragment/page=0003

Der Rundfunk und das moderne Kind

Der erzieherische Wert des Rundfunks

Berlin, 8. Februar. In der „Radio-Times", der englischen Rundfunkzeitung, schreibt Katharina Furse, stellvertretende Leiterin in der Jungmädchenfürsorge, über das obige Thema: „Wenn ich bedenke, wie viel mehr meine Kinder wissen als ich in ihrem Alter, dann komme ich mir ganz klein und unwichtig vor," sagte kürzlich eine kluge und beobachtende Mutter zu mir. „Sie sind seit Jahren Rundfunkteilnehmer," fuhr sie fort, „und der Rundfunk scheints zu sein, der Ihr Verständnis in so erstaunlichem Maße gefördert hat. Diese Dame war bis vor kurzem eine spöttische Kritikerin des Rundfunks und ich war über diesen plötzlichen Meinungsumschwung erstaunt. Ist der Rundfunk tatsächlich imstande, das moderne Kind bis zu einem solchen Umfange zu beeinflussen?

Vor noch nicht langer Zeit vertraute eine arme Frau einem Geistlichen der Jungmädchenbewegung an, daß sie eine merkwürdige Aenderung im Benehmen ihrer beiden kleinen Mädchen wahrgenommen habe. Sie schienen ihr weniger selbstsüchtig geworden und leichter zu befriedigen zu sein; nach ihrer Meinung sei diese Besserung unmittelbar dem Rundfunk zuzuschreiben, denn dadurch, daß er Unterhaltungsstoff böte, den die Familie gemeinsam genießen könne, habe er allmählich einen

Geist der Kameradschaft zwischen Eltern und Kindern geschaffen,

der vorher nicht bestanden habe. Daß der Rundfunk schon unendlich viel Gutes für die Kinder getan habe, kommt mir und allen denen, die mit der Erziehung junger Mädchen zu tun haben, täglich zum Bewußtsein. In den elenden Großstadtvierteln z. B. ruft der Rundfunk überraschende Aenderungen hervor. Angelockt durch das Geheimnisvolle der Rundfunkkonzerte und anderen Darbietungen, verbringen unzählige Kinder ihre Abende in nuhbringender Unterhaltung, anstatt sich wie früher auf der Straße herum zu treiben. Wenn auch schon oft über den erzieherischen Wert des Rundfunks geschrieben worden ist, so haben bisher doch nur wenige die Aufmerksamkeit auch darauf gelenkt, wie sehr die Teilnahme am Rundfunk dazu geeignet ist, eines Kindes Gemüt in zarter Weise zu bereichern. Das Hören eines Rundfunkprogramms regt die Einbildungskraft der Kinder und der Erwachsenen an. Selbst Märchen nehmen, von einer sanften, freundlichen Stimme erzählt, die geheimnisvoll aus der Luft daher kommt, einen vermehrten Zauber an. Am meisten tritt aber

der heilsame Einfluß des Rundfunks

vielleicht bei denjenigen kleinen Unglücklichen in Erscheinung, die körperliches Unvermögen in traurigster Weise im Kampfe des Lebens hemmt.

„Der Rundfunk ist schön für Menschen, die nicht herausgehen können, um Aufführungen zu sehen," sagte kürzlich ein tapferer kleiner Krüppel zu mir. Irgendwie komme ich mit dabei vor, wie andere Leute." So verschafft der Rundfunk vielen dieser Kleinen, ob krank verkrüppelt oder blind, eine bisher unbekannte Befriedigung und neuen Mut, ihr schweres Schicksal leichter zu tragen. Aber auch, wenn sie aus dem Kindesalter bereits heraus sind und der Ernst des Lebens an sie heran tritt, bietet der Rundfunk ihnen noch eine hilfreiche Hand.

„Interessieren Sie sich für Rundfunk?"

war die ungewöhnliche Frage, die ein bekannter Arbeitgeber kürzlich an einen jungen Mann richtete, der sich um einen Posten bei seiner Firma bewarb. Später erklärte mir dieser Arbeitgeber, er sei der Ansicht, daß begeisterte Rundfunkhörer Leute mit weiteren Lebensanschauungen wären als diejenigen, die dieser hervorragenden Erfindung teilnahmslos gegenüber ständen. (?) Nach seiner Meinung sind Rundfunkfreunde neuen Ideen zugänglicher und fähiger, Initiative zu ergreifen. Mit der Erfindung von Radiosonden aller Art zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hat die moderne Evolution Riesenforschritte gemacht, aber

die Auswirkungen des Rundfunks sind umwälzender Natur

und von einer Tragweite, die in ihrem vollen Umfange erst nach Jahren ermessen werden kann. Die Rundfunkkinder von heute sind die Friedensstifter von morgen. Indem der Rundfunk unseren Gesichtskreis erweitert und uns mehr international als national denken lehrt, fördert er den Geist der internationalen Bruderschaft, die in der Vergangenheit nur zu oft als ein Hirngespinst weltfremder Idealisten angesehen wurde.

Man darf nicht vergessen, daß ohne den nötigen Vorbehalt auch der versöhnende Rundfunk nicht imstande sein wird, „Friedensstifter zu machen" zu sein. Man sollte den gewiß vorhandenen erzieherischen Wert des Rundfunks nun aber auch nicht zu sehr überschätzen.

Turnen, Spiel und Sport

Hochschulwettkämpfe der Halleschen Studentenschaft im Schwimmen, Turnen und Fechten

Am Freitag und Sonnabend finden unter dem Protektorate Seiner Magnifizenz des Rektors Prof. Dr. Haecker die Hochschulwettkämpfe der Halleschen Studentenschaft im Turnen, Schwimmen und Fechten statt. Wie schon zum Waldlauf, so sind auch hier wieder sehr zahlreiche Meldungen von den Angehörigen aller Verbände abgegeben worden, so daß auf spannende Wettkämpfe zu rechnen ist. Neben vielen Einzelkämpfen finden verschiedene Mehr- und Mannschaftskämpfe statt, welche wohl das größte Interesse finden werden; im Schwimmen ist es vor allem die 4 mal 50-Meter-Brustfaffel für Korporationen, die Lagenstaffel für Verbände, und die 4 mal 50-Meter-Staffel zwischen dem Polizei-Sport-Verein Halle und der Studentenschaft um einen für diesen Kampf gestifteten Wanderpreis. Auch das Schwimmen für Studentinnen wird, aus den Meldungen zu schließen, eine starke Beteiligung aufweisen. Für die Schwimmstaffel für Studentinnen sind 8 Meldungen abgegeben, 2 von der medizinischen Fachschaft und eine vom „Studentinnen-Verein". Wir rechnen mit einem Siege der 1. Mannschaft der Medizinerinnen.

Der Sonnabend bringt am Vormittag die Entscheidungskämpfe und am Nachmittag die Schauvorführungen. Da in der Universitätsturnhalle in der Moritzburg eine Sprunggrube vorhanden ist (die einzigste in Halle), ist auch Weit- und Hochsprung sowie Steinstoßen in die Reihen der Konkurrenzen aufgenommen. Als Sieger in den beiden ersten Ausschreibungen kommt vor allem Storz (Saxo-Thuringia) in Frage. Der Geräteechskampf zeigt besonders zahlreiche Meldungen und ist in zwei Klassen eingeteilt. (Klasse A für Sieger der früheren akademischen Wettkämpfe, Klasse B für alle übrigen.) Vorgeschrieben ist hier je eine Schwung- und Kraft- bzw. Sprungübung am Reck, Barren und Pferd. Während der Sieger in Klasse A zwischen Sander, Freund (Gothia) und Krüger (Saxo-Thuringia) zu suchen ist, wird Näßner (Saxo-Vandalia) in Klasse B sicher siegen. Weiterhin ist auch ein gemischter Mehrkampf ausgeschrieben, bestehend aus Weitsprung aus dem Stand, Steinstoßen, einer Schwungübung am Reck, Klettern am Tau, und 50 Meter (beliebig) Schwimmen. Erfreulich ist es, daß neben Schläger- und Schwerdtfechten in diesem Jahre auch das Fechten mit leichtem Säbel und Florett zur Vorführung gelangt.

Im Korporationswettkampf messen sich die Turnerschaften „Saxo-Thuringia" und „Saxo-Vandalia", Burschenschaft „Alemonia auf dem Pflug" und Hochschulgilde „Rachantia". Den Mittelpunkt der Vorführungen am Nachmittag bildet das Musterriegenturnen, wozu 4 Riegen gemeldet haben. Außerdem werden noch Gymnastik und verschiedene andere Sachen gezeigt werden, nicht zu vergessen das Turnen der Studentinnen.

Den Abschluß der Vorführungen bildet die Entscheidung im Preiballspiel, für die sich von fünf Mannschaften die Turnerschaften „Saxo-Thuringia" und „Saxo-Vandalia" qualifiziert haben. Da wir äußerst vielseitige und interessante Darbietungen haben werden, wird wohl die Zahl der Zuschauer nicht gering sein. Der Eintritt ist frei.

Beginn der Wettkämpfe: Schwimmen (Stadtbad): Freitag 9 Uhr (abends); Turnen (Moritzburg): Sonnabend 3 Uhr. **Schn.**

Wacker gegen Borussia

Im Entscheidungsspiele um die Gruppenmeisterschaft des Saalegaues in den Kämpfen um den Mitteldeutschen Fußball-Pokal stehen sich diese beiden Mannschaften am kommenden Sonntag vormittag 11 Uhr auf dem Wackersportplatz an der Dessauer Straße gegenüber. Das Treffen hat eine große Bedeutung für beide Mannschaften, weil der Gruppensieger endgültig in den Endkämpfen um den Mitteldeutschen Verbands-Pokal teilnimmt. In der Süd-Gruppe steht der Sieger in Sportverein 98 bereits fest. Ein Entscheidungsspiel zwischen den beiden Gruppenmeistern im Saalegau braucht nicht stattzufinden. Vielmehr sind beide ohne weiteres in den Mitteldeutschen Kämpfen beteiligt. Daraus solle hervorgehen, daß dieses Spiel für beide Vereine von größter Wichtigkeit ist, winkt dem Sieger doch, wenn auch in weiter Ferne, ein hoher Preis. Speziell würde für Wacker durch einen Sieg eine große Chance eröffnet, da diese Mannschaft unbestritten jetzt in einer guten und beständigen Form sich befindet.

Sportspiegel

Olympiavorbereitung im Deutschen Schwimm-Verband. Die Schwimmer und Wasserballspieler werden zu Ostern in Magdeburg und zu Pfingsten in Frankfurt am Main zu einer besonderen Vorbereitung zusammengezogen; die Verwollkommnung der Springer findet in Gelsenkirchen statt. Als Helfer sind die Herren Behrens, Kellner und Stern bestimmt. Der örtlichen Weiterbildung der einzelnen Olympiaanwärter nach den Anweisungen des Verbandsschwimmwartes Binner gilt in diesem Jahre die Hauptarbeit.

Ausdauerstarts der deutschen Schwimmer. Es sind für dieses Jahr ein Langdurchschwimmen mit Schweden in Stockholm und die Europameisterschaft in Bologna vorgesehen. Die Ausscheidungskämpfe dazu finden am 9. und 10. Juli d. J. in Bielefeld statt. Diese sollen zugleich für die Olympiade als Vorbereitung ausgenutzt werden.

Spielplatzbau. Die Spielplatzlagung vom 22. bis 30. Juni d. J. wird dem Bau von Badeanstalten und Spielplätzen einen neuen Anstoß geben. Der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen hat ein großes Programm für die Tagung aufgestellt. Sie fängt mit einer breitägigen Vortragsreihe in Berlin an, dem sich am Sonnabend eine Besichtigung der Berliner Sportanlagen anschließt. Von da aus wird ein Teil der größten Sportanlagen Deutschlands besichtigt. Nach den bisherigen Dispositionen geht die Fahrt über Dortmund, Oberhausen, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Frankfurt am Main, Nürnberg und endet mit der Besichtigung der Sportanlagen in Dresden und der Jugendburg Hohenstein. Das Interesse für die Tagung ist allseits ein großes und es wird mit einer bedeutenden Anzahl Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands gerechnet.

Ein internationales 25-Kilometer-Laufen und -Gehen „Rund um Erfurt" wird vom S. C. Schwarz-Weiß Erfurt am 29. Mai veranstaltet.

Handelsnachrichten

Berliner Handelsgesellschaft

12 Prozent Dividende bei verdoppeltem Gewinnvortrag

Auch in diesem Jahre legt die Berliner Handelsgesellschaft als erste der Berliner Großbanken ihren Geschäftsabschluß für das Jahr 1926 der Oeffentlichkeit vor. Der Rohgewinn beträgt 11 434 090 Rm. gegen 6 544 527 Rm. i. V. Er setzt sich wie folgt zusammen: Zinsen, Wechsel und Devisen 6 414 161 Rm. (5 912 290 Rm.), Provisionen 3 868 069 Rm. (3 632 237 Rm.), Effekten und Konsortialgewinne 1 151 860 Rm. (0 Rm.). Hiervon sind abzusetzen Verwaltungskosten einschließlich Tantiemen mit 5 558 808 Rm. (5 632 994 Rm.), Pensionsleistungen mit 599 985 Rm. (498 503 Rm.) und Steuern mit 1 816 504 Rm. (1 376 104 Rm.). Einschließlich 522 082 Rm. (225 476 Rm.) verbleibt somit ein Reingewinn von 3 038 281 Rm. (2 862 401 Rm.), der wie folgt verteilt werden soll: 12 Prozent (10 Prozent) Dividende 2,64 Mill. Rm. (2,2 Mill. Rm.), Gewinnanteil des Verwaltungsrats 197 797 Rm. (189 419 Rm.) und Vortrag 1 150 484 Rm. Die relativ geringfügige Steigerung der Erträgnisse aus Zinsen, Wechseln und Devisen sowie aus Provisionen ist darauf zurückzuführen, daß im vergangenen Jahre Zins- und Provisionssätze dauernd rückläufig waren. Außerdem wächst die Gewinnspanne immer mehr. Provisionen bereits in die Zinssätze einzukalkulieren. Die Steigerung der Verwaltungskosten, Pensionsleistungen und Steuern wird damit motiviert, daß entsprechend den höheren Gewinnen höhere Tantiemen und Steuern zu zahlen sind, und daß man bei der Pensionierung alter Beamte diese nicht sofort auf Ruhegehalt gesetzt hat.

Die Bilanz weist folgende Ziffern auf:

Passiva.

Aktienkapital		22 000 000 Rm.	(unverändert)
Gesetzliche Rücklage		5 500 000 „	(unverändert)
Gläubiger		849 879 191 „	(2 087 796)
Depositen		1 222 221 „	(4 190 000)
Pfandbriefe Gewinnanleihe		30 497 „	(38 822)
Akzeptkredit	9 247 218 Rm.	(4 113 489) Rm.	
Reingewinn		3 038 281 „	(2 862 401)

Aktiva.

Kasse		7 690 022 Rm.	(7 500 296)
Guthaben bei Banken und Bankiers		50 914 160 „	(35 296 188)
Wechsel und Devisen		71 296 000 „	(743 0 647)
Reichsbank Schatzanweisungen		7 646 22 „	(— „)
Reports und Lombards		65 115 689 „	(3 712 599)
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		32 574 171 „	(28 245 207)
	davon gedeckt 16 138 695 Rm.	(20 117 077 Rm.)	
Schuldner		125 055 403 „	(75 286 200)
	davon gedeckt 96 088 560 Rm.	(61 855 580 Rm.)	
	ungedeckt 28 966 843 Rm.	(13 430 621 Rm.)	
Wertpapiere und Konsortia		17 590 541 „	(13 139 292)
Beteiligungen		5 000 000 „	(unverändert)
Sonstiger Grundbesitz		2 867 000 „	(unverändert)
Bürgschaften	9 247 218 Rm.	(4 113 489 Rm.)	

Von den Guthaben bei Banken und Bankiers entfallen 60 Prozent auf das Ausland und 10 Prozent auf das Inland, dagegen von den Wechseln und Devisen 80 Prozent auf das Inland und 20 Prozent auf das Ausland. Die verzinslichen Schatzanweisungen, die im vorigen Jahre nur mit einer geringfügigen Summe vorhanden waren und unter „Wertpapiere" verbucht waren, sind diesmal gesondert ausgewiesen. Die starke Steigerung des Posten „Reports und Lombards" entspricht der Belebung des Börsengeschäftes und der starken Steigerung der fremden Gelder. Von Wertpapieren und Konsortialen entfallen 6,3 Mill. auf Konsortialgeschäfte (i. V. 9,9 Mill.) und 11,3 Mill. auf frei verfügbare Werte (i. V. 3,2 Mill.). Letztere setzen sich zusammen aus 6,3 Mill. festverzinsliche Werte und 5 Mill. Aktien. Die Aktien sind trotz der starken Kurssteigerungen in alter Bewertung aufgenommen. Es befindet sich somit in diesem Posten eine starke innere Reserve. Dasselbe gilt von dem Grundbesitz, der seinerzeit auf Grund des damaligen Mietertrags bewertet worden ist. Um den derzeitigen Wert des Grundbesitzes festzustellen, hat man einen kleinen Teil kürzlich verkauft und für 700 Quadratmeter je 400 Rm. erzielt. Dieses Geschäft kommt jedoch erst im neuen Geschäftsjahr zur Verbuchung. Die laufenden Verpflichtungen entfallen je zur Hälfte auf das Inland und Ausland. Sie setzen sich zusammen aus 125 Mill. Nostroverpflichtungen (in der Hauptsache Devisenleihen), 32 Mill. von Dritten benutzte Kredite und 154 Mill. sonstige Kredite. Von letzteren sind fällig 99 Mill. innerhalb sieben Tagen, 87 Mill. bis zu drei Monaten und 7 Mill. nach drei Monaten. Von den laufenden Forderungen sind eine 62 Mill. Valutaforderungen und etwa der gleiche Betrag Reichsmarkforderungen. Unter Berücksichtigung von Kasse, Guthaben bei Banken und Bankiers, verzinslichen Schatzanweisungen, Wechseln und Devisen, Reports und Lombards und Vorschüssen auf Waren und Warenverschiffungen, soweit sie gedeckt sind als leicht greifbare Mittel, ergibt sich ein Liquiditätsverhältnis von 61,8 Prozent gegenüber 65,575 Prozent im Vorjahr. Die Zahl der Beamten hat sich nicht geändert. Am neuen Jahr hat der Januar an Effektenprovisionen das beste Ergebnis seit Friedensschluß gebracht. Die Hauptversammlung wird auf den 8. März, vormittags 11 Uhr, einberufen.

Der Gesamtumsatz betrug 19,7 Milliarden gegen 14,9 Milliarden i. V.

C. J. Vogel Draht- und Kabelwerke A.-G., Berlin. Die Verwaltung legt den Jahresabschluß per 30. September 1926 vor, der insgesamt eine gute Weiterentwicklung der Gesellschaft ergibt. Die Dividende erfährt, wie wir schon meldeten, eine kleine Erhöhung von 6 auf 6 Prozent. Nach der Ertragsrechnung sich für der Betriebsüberschuß einschließlich des Gewinnvortrages von 253 700 Rm. auf 4 142 743 Rm. (4 470 869 Rm.). Das verminderte Roherträgnis wurde durch die herabgedrückten Generalunkosten und die erleichterten Steuerverfordernisse wettgemacht. Es beanspruchten im Berichtsjahr Generalunkosten 2 592 310 Rm. (2 714 869 Rm.), Steuern 275 034 Rm. (558 362 Rm.) Die Abschreibungen sind mit 545 015 Rm. (473 379 Rm.) reichlicher als im Vorjahr, bemessen. Der dann verbleibende Reingewinn von 692 840 Rm. (678 487 Rm.) hat fast die gleiche Höhe wie im Vorjahr. Nach der Verteilung der Gröz. Dividende auf die Stammaktien und Vorzugsaktien gelangen 193 140 Rm. zum Vortrag auf neue Rechnung. Das abgelaufene Geschäftsjahr stand, wie im Bericht ausgeführt wird, unter dem Zeichen einer fühlbaren Preissenkung für die Erzeugnisse der Branche. Dies wirkte sich in erster Linie auf die zahlenmäßige Höhe der Umsätze aus, die hinter dem Vorjahre zurückblieben. Auch die Preise für die Rohmaterialien haben eine Senkung erfahren, und es ist noch nicht abzusehen, ob und wie lange diese anhalten wird. Diesem Umstande ist bei der Bewertung der Lagerbestände Rechnung getragen, die mit 2 457 625 Rm. (2 627 016 Rm.) ausgewiesen werden. Die Zugänge auf den Anlagekonten haben sich mit 841 683 Rm. in ähnlichen Grenzen wie im Vorjahre gehalten. Voraussichtlich werden im laufenden Geschäftsjahr wegen des wünschenswerten Ausbaues des Kabelwerkes weitere Anschaffungen in Maschinen erforderlich sein. Das Maschinenkonto hat auch im Berichtsjahr mit 160 868 Rm. den stärksten Zugang zu verzeichnen. Das Konto für Beteiligungen, nach den Anlagekonten das größte unter den Aktiven, stellt sich fast unverändert auf 2 854 024 Rm. (2 858 015 Rm.). Außerständige belaufen sich auf 2 678 834 Rm. (2 505 278 Rm.), Bankguthaben auf 266 172 Rm. (148 889 Rm.), Postscheck und Kasse auf 129 890 Rm. (298 162 Rm.), Wechsel auf 184 286 Rm. (20 988 Rm.). Andererseits zeigen unter den Verpflichtungen Akzepte und die laufende Rechnung eine Verminderung um zusammen 912 400 Rm., die Bankschulden dagegen eine Erhöhung um 660 700 Rm. Am 30. September vergangenen Jahres waren Konto-Korrent-Verpflichtungen in Höhe von 1 500 091 Rm. (2 119 790 Rm.), Akzeptverpflichtungen von 183 438 Rm. (166 204 Rm.) und Bankschulden von 849 024 Rm. (188 247 Rm.) vorhanden. In der bisher abgelaufenen Zeit des neuen Geschäftsjahres hat der Beschäftigungsgrad in allen Abteilungen eine Steigerung erfahren.

Kaffee-Handels-A.-G., Bremen. Die Dividende bleibt, wie wir kürzlich meldeten, mit 10 Prozent gegen das Vorjahr unverändert. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung stellte sich der Ueberschuß einschließlich des Vortrages auf 1 235 469 Rm. Aus dem Reingewinn von 630 101 Rm. erfordert die Dividendenausschüttung 500 000 Rm. Die gesetzliche Reserve wird mit 75 651 Rm. dotiert. Im Geschäftsjahr 1926 wurde der Ausbau des Unternehmens planmäßig mit gutem Erfolge fortgesetzt und das Ergebnis durch die erweiterten Beteiligungen entsprechend beeinflußt. Bekanntlich erfolgte eine Kapitalerhöhung um 2 Mill. Rm. auf 5 Mill. Rm. und die Aufnahme einer Anleihe von 2 100 500 Rm. In der Bilanz zeigen die Buchschulden, die sich mit 5 249 846 Rm. (i. V. 2 718 805 Rm.) mehr als verdoppelten, eine kräftige Anspannung. Es erhöhten sich die Konten „Geschäfts- und Mietshäuser" von 1 544 409 Rm. auf 2 094 800 Rm., „Betriebs- und Maschinenanlage" von 487 272 Rm. auf 620 942 Rm., „Inventar" von 184 087 Rm. auf 418 753 Rm., „Waren" von 198 145 Rm. auf 602 887 Rm., „Material" von 160 474 Rm. auf 180 018 Rm., „Beteiligungen" von 195 625 Rm. auf 2 082 054 Rm. und „Außenstände" von 2 972 099 Rm. auf 6 731 834 Rm. Ueber die Ausstichten ist gesagt, daß diese unter dem üblichen Vorbehalt als „normal" zu bezeichnen seien.

Der Münzbestand Ende Januar 1927. Im Monat Januar wurden nur für 750 000 Rm. Einmarkstücke und für 11 600 002 Rm. Zweimarkstücke neu geprägt. Die Gesamtprägung an Einmarkstücken belief sich Ende Januar auf 290 975 797 Rm., an Zweimarkstücken auf 194 431 282 Rm. Hiervon wurden wieder 493 793 Rm. Einmarkstücke und 4196 Rm. Zweimarkstücke eingezogen, so daß von den ersteren 290 482 004 Rm. und von den letzteren 194 427 096 Rm. verbleiben. Nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke ist an Dreimarkstücken ein Bestand von 152 269 800 Rm. und an Fünfmarkstücken ein Bestand von 8 421 300 Rm. vorhanden. Werden auch bei den Reichspfennigmünzen die wieder eingezogenen Stücke abgerechnet, so verbleiben an Einpfennigstücken 795 005,57 Rm., an Zweipfennigstücken 5 000 077,02 Rm., an Fünfpfennigstücken 27 681 863,20 Rm., an Zehnpfennigstücken 56 955 858,50 Rm. und an Fünfzigpfennigstücken 109 837 314 Rm.

Der Londoner Goldpreis. Der Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. Juni 1923 beträgt ab 8. Februar 1927 für eine Unze Feingold 84 sh 10¾ d, für ein Gramm Feingold demnach 32,7536 d.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Leiter der Redaktion: **Adolf Lindemann.**
Verantwortlich für Politik: Adolf Lindemann; für Lokales Kunst und Unterhaltung: Dr. Erich Bestehorn; für Volkswirtschaft und Sport: Dr. Hans Henningsen; für Mitteldeutschland und den allgemeinen Teil: Dr. Hans Ulrich Reinicke. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten. Sämtlich in Halle — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr. Sonstige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 13. Leitung: Alfred W. Kames.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192702112-10/fragment/page=0004